

FLÜCHTLINGSPOLITIK - ZUSAMMENHALT STÄRKEN, STÄDTE UND GEMEINDEN UNTERSTÜTZEN

Unsere Flüchtlingspolitik gründet sich auf das Grundgesetz, die europäische Grundrechtecharta und die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK).

- Auch über 70 Jahre nach Verabschiedung der GFK fliehen Menschen vor politischer Unterdrückung, wegen Bürgerkriegen und willkürlicher Gewalt und sind auf den Schutz von Aufnahmeländern angewiesen. Noch immer suchen sehr viele Menschen aus der Ukraine Schutz in unserem Land vor dem brutalen Angriffskrieg Russlands. Zusätzlich beantragen mehr Menschen (vor allem aus Syrien, Afghanistan, dem Iran und der Türkei) Asyl in Deutschland.
- Die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten ergibt sich aus der EU-Grundrechtecharta und der Genfer Flüchtlingskonvention. Sie ist unsere humanitäre Verpflichtung und wird vor allem durch Städte und Gemeinden mit Hilfe von vielen sehr engagierten Helfer*innen organisiert.
- Die Aufnahme und Integration der Geflüchteten ist eine große Aufgabe. Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft müssen hier geschlossen und solidarisch handeln.

Solidarität und Zusammenhalt stärken Im Spannungsfeld von Inflation, Rezession und von Energie- und Umweltkrise wird vielerorts schnell der Ruf nach einer repressiveren Flüchtlingspolitik laut und es werden Ressentiments bedient. Wir stellen uns klar und deutlich gegen jegliche Form von Hetze und Stimmungsmache gegen Schutzsuchende und die bewusste oder unbewusste Verbreitung von Fehlinformationen und Fake News.

Menschen die Schutz vor Krieg oder Verfolgung brauchen, müssen Schutz finden und dürfen nicht abgewiesen werden. Wir setzen uns für eine menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden und eine schnelle und erfolgreiche Integration ein.

Städte und Gemeinden unterstützen und entlasten

Die täglichen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen der saarländischen Städte und Gemeinden sind groß. Wir sehen, wie viele andere auch, Bund und Land in der Pflicht, wenn es darum geht die finanzielle Last zu verteilen. Zusätzlich müssen die organisatorischen Herausforderungen mit pragmatischen und zielgerichteten Lösungen unterstützt werden, die den Verantwortlichen vor Ort bei der Versorgung der Schutzsuchenden tatsächlich helfen.

Zusätzlich zu einer verlässlichen finanziellen Unterstützung halten wir die Einrichtung zentraler Anlaufstelle für Städte und Gemeinden auf Landesebene für dringend notwendig.

Die Anlaufstelle soll:

- Städte und Gemeinden, mit wenig Erfahrung und/oder Ressourcen konzeptionell und organisatorisch beim Aufbau integrationspolitischer Maßnahmen beraten und unterstützen.
- Den Aufbau einer flexiblen und dezentralen Integrationsinfrastruktur im Saarland konzipieren und organisieren (z.B. mobile Sprachschulen in kleinen Gemeinden durch die Kooperationen mit nicht-ortsansässigen Sprachkursträgern).

Durch diese Maßnahmen soll eine schnellere und erfolgreichere Integration erreicht und die Wohnungsmärkte und Bildungsträger (Kitas und Schulen) in den Ballungszentren entlastet werden.
